

FORUM

STEFFEN SCHNEIDER

Zurück in die Zukunft? Québec nach den Provinzwahlen vom 1. Oktober 2018

Ob auf Bundes- oder Provinzebene: Seit 25 Jahren erlebt Kanada mit schöner Regelmäßigkeit Wahlen, die als politische Erdbeben zu bezeichnen sind – Wahlen, die etablierte Parteien in die Krise stürzen, neuen zum Durchbruch verhelfen und damit zugleich die wachsende Volatilität des Wählerverhaltens und Fragmentierung der Parteienlandschaft belegen (Schneider 2018). So führten die Unterhauswahlen von 1993 zum Kollaps der regierenden Progressive Conservatives, während eine neue separatistische Regionalpartei – der Bloc Québécois (BQ) – auf Anhieb die offizielle Oppositionsrolle eroberte. Der sozialdemokratischen NDP gelang dies 2011 – ausgerechnet mithilfe eines nie dagewesenen Erdrutschsieg in Québec. Zwar konnte die Partei diesen Erfolg in den Unterhauswahlen von 2015 nicht verteidigen, doch errang sie im selben Jahr im traditionell konservativen Alberta eine Regierungsmehrheit. Die Provinzwahlen vom 1. Oktober 2018 in Québec dürfen ebenfalls als historische Zäsur qualifiziert werden: Zum ersten Mal seit über *fünfzig* Jahren stand nicht der Konflikt zwischen Föderalisten und Befürwortern der Unabhängigkeit Québecs im Zentrum der Wahlentscheidung. Zum ersten Mal seit mehr als *sechzig* Jahren regieren künftig nicht die Liberalen (PLQ) oder der separatistische Parti Québécois (PQ), sondern mit der Coalition Avenir Québec (CAQ) eine erst seit 2011 existierende Mitte-Rechts-Formation, deren Chef François Legault das Thema einer Sezession Québecs im Wahlkampf dezidiert vermieden hatte.

Von einem Wahlkampf mit vier Teams auf dem Eis ...

Dabei hatte zunächst alles nach *business as usual* ausgesehen: Den seit 2003 mit nur zweijähriger Unterbrechung durch eine PQ-Minderheitsregierung regierenden Liberalen unter dem ehemaligen Gehirnochirurgen und Medizinprofessor Philippe Couillard, der 2014 Jean Charest als Premierminister abgelöst hatte, schien die Wiederwahl zunächst fast sicher. Die Liberalen hatten in ihren ersten beiden Amtsjahren mit robuster oder für manche Beobachter rabiater, die Errungenschaften der

Stillen Revolution gefährdender Austeritätspolitik (etwa einem Fiskalpakt mit den Kommunen und gebremsten Programmausgaben selbst in den Bereichen Gesundheit und Erziehung) ihr Versprechen eines Haushaltsausgleichs eingelöst. Vor dem Hintergrund kräftigen Wirtschaftswachstums und eines Rekordtiefs bei der Arbeitslosigkeit konnten sie es sich in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode erlauben, den Geldhahn wieder aufzudrehen und ihre Kampagne („Pour faciliter la vie des québécois“) mit teuren Wahlversprechen etwa zur Gesundheitspolitik und einer Reform des Justizwesens zu bestreiten (Pétry/Birch 2018).

Sehr viel weniger Hoffnung hatten die Demoskopen von Beginn an dem von dem Journalisten und Autor Jean-François Lisée geführten PQ gemacht. Mit Blick auf die zwei verlorenen Referenden über die Unabhängigkeit Québecs (1980 und 1995) hatte Lisée früh angekündigt, ein drittes Referendum erst in der Legislaturperiode ab 2022 anberaumen zu wollen, und damit das zentrale Wahlkampfthema und die Hauptkonfliktlinie im Parteiensystem Québecs seit den 1970er-Jahren aus dem Spiel genommen. Unter dem Motto „Sérieusement“ und mit einer Vielzahl von Aktivitäten stürzte sich die offizielle Oppositionspartei mit ihrem Chef in eine Kampagne, in der es neben traditionellen Issues wie der Verteidigung der nationalen Identität Québecs und der französischen Sprache in erster Linie um eine Wiederbelebung der sozialdemokratischen *credentials* des PQ gehen sollte. Lisées Auftreten erwies sich jedoch angesichts des Rückenwinds, den die beiden politischen Newcomer CAQ und QS in der offiziell 39-tägigen Wahlkampfperiode schon bald verspürten, als zunehmend nervös und erratisch.

Diese beiden sich als Anti-Establishment-Parteien (Abedi 2004) verstehenden, von politischen Beobachtern zumeist als rechts- bzw. linkspopulistisch charakterisierten Konkurrenten der Mainstream-Parteien PLQ und PQ waren erstmals in einer Nachwahl 2006 (QS) bzw. 2012 (CAQ) in die Nationalversammlung von Québec eingezogen und hielten dort seit 2014 drei (QS) bzw. 22 (CAQ) Mandate. Die von einer Doppelspitze (Gabriel Nadeau-Dubois und Manon Massé) geführte und 2006 aus dem Zusammenschluss zweier kleinerer Formationen entstandene Partei QS verbindet eine linksalternativ-ökologische Programmatik mit dem Ziel der Unabhängigkeit Québecs. Zuspruch findet die im Kontext der Studierendenrevolte 2012 prominenter gewordene und 2018 mit dem Slogan „Populaire“ werbende Formation vor allem in jungen, städtischen Wählerschichten – der Altersgruppe der (frankophonen) 18- bis 35-Jährigen, deren Wahlbeteiligung jedoch gemeinhin besonders niedrig ist. Die Herausforderung von QS bestand deshalb – neben der Verteidigung gegen den Vorwurf, eine krypto-marxistische und mithin nicht wählbare Gruppierung zu sein – in der Mobilisierung gerade dieser Wählerschichten auch jenseits ihrer drei Hochburgen in Montréal.

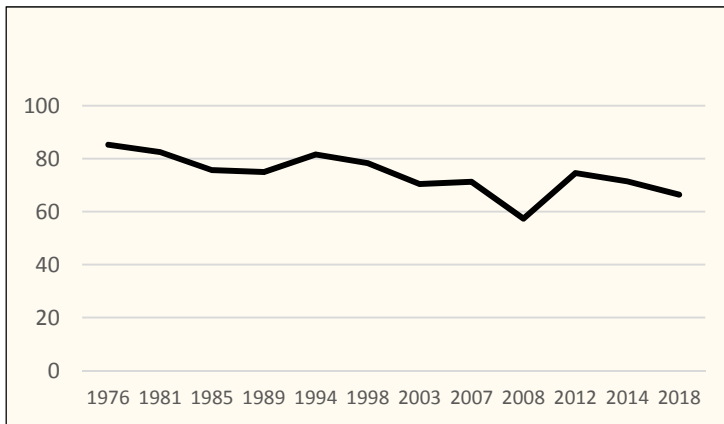
Die von dem ehemaligen Geschäftsmann und PQ-Minister François Legault gegründete CAQ schließlich hatte im Wahlkampf neben Zweifeln an den Führungsqualitäten ihres Chefs und der Regierungskompetenz seines Teams vor allem den Rechtspopulismus-Vorwurf zu entkräften (Boily 2018). Die Kandidat(inn)en wurden

deshalb mit besonderer Sorgfalt ausgewählt und eine vorsichtige und disziplinierte, jederzeit von Legault selbst kontrollierte Wahlkampfkommunikation durchgesetzt. Dieser gab sich viel Mühe, seine Partei mit dem Slogan „Maintenant“ als verantwortungsbereit und gemäßigt-konservativ darzustellen und sie programmatisch – etwa im Vergleich zum seit 2018 amtierenden Premierminister Ontarios, Doug Ford – in die Mitte des ideologischen Spektrums zu rücken. Die CAQ schlug denn auch wenig neoliberale Töne an, forderte keine radikalen Steuersenkungen oder massiven Personalabbau im öffentlichen Dienst und bekannte sich damit weitgehend zum seit der Stillen Revolution entwickelten Staats- und Kapitalismus-Modell Québecs (McRoberts 1993; Schneider 1994). Allerdings machte es die ökonomische und fiskalische Erfolgsbilanz von Premierminister Couillard eher schwierig, mit wirtschaftspolitischer Kompetenz zu punkten.

Mit Blick auf die nationale Frage und seine PQ-Mitgliedschaft in der Vergangenheit erklärte Legault, den Separatismus zugunsten einer nationalistischen Position („Québec d’abord“) hinter sich gelassen zu haben und weder für die bestehenden föderalen Arrangements noch für die Unabhängigkeit der frankophonen Provinz einzutreten. Um das Thema nationale Identität und Überleben der französischen Sprache doch zu bedienen, bezog Legault aber stark konservative Positionen in der Einwanderungspolitik. Anders als die Bevölkerung im Rest Kanadas sind die Québécois Umfragen zufolge gespalten mit Blick auf die liberale Einwanderungspolitik des Landes. Mit dem Vorschlag, die Zahl der Immigrant(inn)en in Québec um 20 Prozent – von aktuell maximal 50.000 pro Jahr – zu reduzieren, ihre Sprachkompetenz und Verfassungstreue nach drei Jahren in der Provinz testen zu lassen und dabei scheiternde Einwanderer ggf. abzuschieben, warf er polarisierende Positionen in die Wahlkampfdebatte, die insbesondere die einwanderungskritischen frankophonen Wählerschichten – etwa in der traditionell konservativen Hauptstadtregion von Québec – mobilisieren sollten. Allerdings strachelte Legault wiederholt bei der Erläuterung dieses Plans und seiner Umsetzbarkeit; er ließ dabei geringe Vertrautheit mit der Kompetenzverteilung von Bund und Provinzen in der kanadischen Einwanderungspolitik und deren Regularien erkennen. Angesichts der niedrigen Geburtenrate und des Fachkräftemangels in Québec zündete das Thema denn auch nicht so wie erhofft, insbesondere nicht bei den natürlichen Verbündeten der CAQ in der Québécoiser Unternehmerschaft.

Erstmals seit Jahrzehnten war der Wahlkampf letztlich von den typischen Brot- und Butter-Issues kanadischer Provinzwahlen in der Erziehungs-, Familien- und Gesundheitspolitik bestimmt, wobei sich die vier Parteien und ihre Chefs mit teuren Wahlversprechen zu übertrumpfen suchten. In drei Fernsehdebatten – darunter als Novum eine in englischer Sprache – konnte sich keiner der Parteichefs besonders stark profilieren, aber Legault und Manon Massé gelang es immerhin, sich als glaubwürdige Alternativen zu Couillards PLQ und Lisées PQ zu präsentieren und Wechselstimmung in der bis kurz vor dem Wahltermin bemerkenswert unentschlossenen Wählerschaft zu erzeugen.

Abb. 1: Wahlen zur Nationalversammlung Québécois, Wahlbeteiligung seit 1976



Tab. 1: Wahlen zur Nationalversammlung Québécois, Stimmen- und Sitzanteile seit 1976

	Mandate	PQ			PLQ			CAQ			QS			Sonstige	
	(gesamt)	Stimmen (%)	Sitze	AR	Stimmen (%)	Sitze	AR	Stimmen (%)	Sitze	AR	Stimmen (%)	Sitze (%)	AR	Stimmen (%)	Sitze
1976	110	41,4	71	1,56	33,8	26	0,70	-	-	-	-	-	-	24,8	13
1981	122	49,3	80	1,33	46,1	42	0,75	-	-	-	-	-	-	4,6	0
1985	122	38,7	23	0,49	56,0	99	1,45	-	-	-	-	-	-	5,3	0
1989	125	40,2	29	0,58	50,0	92	1,47	-	-	-	-	-	-	9,8	4
1994	125	44,8	77	1,38	44,4	47	0,85	-	-	-	-	-	-	10,8	1
1998	125	42,9	76	1,42	43,6	48	0,88	-	-	-	-	-	-	13,5	1
2003	125	33,2	45	1,08	46,0	76	1,32	-	-	-	-	-	-	20,8	4
2007	125	28,4	36	1,01	33,1	48	1,16	-	-	-	3,6	0	0,00	34,9	41
2008	125	35,2	51	1,16	42,1	66	1,25	-	-	-	3,8	1	0,21	18,9	7
2012	125	32,0	54	1,35	31,2	50	1,28	27,1	19	0,56	6,0	2	0,27	3,7	0
2014	125	25,4	30	0,94	41,5	70	1,35	23,1	22	0,76	7,6	3	0,32	2,4	0
2018	125	17,1	10	0,47	24,8	31	1,00	37,4	74	1,58	16,1	10	0,50	4,6	0

PQ = Parti Québécois, PLQ = Parti Liberal du Québec, CAQ = Coalition Avenir Québec,

QS = Québec Solidaire; AR = *advantage ratio* (Quotient Sitz-/Stimmenanteil).

Quellen: <http://www.assnat.qc.ca/fr/patrimoine/index.html>; <https://www.electionsquebec.qc.ca>.

... zu einem Match mit zwei Gewinnern und zwei Verlierern

Der zunehmenden Wechselstimmung nach anderthalb Jahrzehnten liberaler Dominanz und der „spannenden“, ergebnisoffenen Konstellation mit vier ernsthaften Wettbewerbern zum Trotz setzte sich auch in Québec – wie im Rest Kanadas und anderen westlichen Demokratien – der Trend sinkender Wahlbeteiligung seit den 1980er-Jahren und 1990er-Jahren fort. Am 1. Oktober 2018 fiel die Beteiligung

auf den niedrigsten Wert seit 1927 mit Ausnahme der vorgezogenen Wahl von 2008 (Abb. 1). Die im Wahlkampf allenthalben versprochene Erneuerung gelang insofern, als 65 der 125 Mandate tatsächlich von Politikneulingen gewonnen wurden – darunter 41,5 Prozent Frauen. Sie gelang außerdem insofern, als Opfer der verbreiteten Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit in erster Linie die etablierten Parteien PLQ und PQ wurden.

Im „großen“ Rennen um die Regierungsverantwortung unterlagen die Liberalen zur allgemeinen Überraschung der CAQ: Hatten Demoskopien bis fast zuletzt ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Couillards und Legaults Teams erwartet, so blieben die Liberalen mit nur mehr einem knappen Viertel der Mandate (31) und dem niedrigsten Stimmenanteil seit 1867 um 12,6 Prozentpunkte hinter den Caquistes zurück (Tab. 1; den Mandaten nach hatte die Partei zuletzt 1956 – in der Ära Duplessis – schlechter abgeschnitten). Couillards Ruf persönlicher Integrität, seine fiskalische wie ökonomische Erfolgsbilanz und üppige Wahlgeschenke hatten offenbar nicht ausgereicht, um die Wechselstimmung in Québec auszugleichen oder die harten Einschnitte der Jahre 2015 und 2016 vergessen zu machen. Die Liberalen erschienen nach Jahren an der Macht verbraucht, ihre Parteimaschine geschwächt. Der Wegfall des zuletzt in den 1990er-Jahren dominierenden Verfassungs- bzw. Unabhängigkeitsthemas (Schneider 1997) bedeutete zudem, dass die Liberalen ihre anglo- und allophone Kernwählerschaft auf der Insel von Montréal nur schlecht zu mobilisieren vermochten. Hatte die Debatte um die *Charte des valeurs québécoises* der scheidenden PQ-Regierung 2014 noch zu einem starken Anstieg der Wahlbeteiligung in den nicht oder wenig frankophonen Wahlkreisen geführt, so war die Beteiligung 2018 gerade in diesen traditionell liberalen Wahlkreisen im Zentrum und Westen von Montréal – in denen ein Sieg der PLQ-Kandidat(inn)en nahezu garantiert ist – besonders niedrig. Man mag darin eine Normalisierung gegenüber 2014 sehen, indes drückt sich in der gehäuften Wahlenthaltung der Stammwähler(innen) sicher auch Unzufriedenheit mit den Liberalen aus. Und während der PLQ in Montréal mit einem Stimmenanteil von 42,9 % und 19 von 27 Mandaten führende politische Kraft bleibt, manifestiert sich darin auch das Ausmaß, in dem er innerhalb Québechs zu einer Regionalpartei mit stark anglo- und allophoner Wählerbasis geworden ist.

Viele von den nicht zuhause gebliebenen liberalen Stammwählern dürften 2018 zur CAQ gewandert sein, die in den beiden vorigen Wahlen eher im Revier des PQ gewildert hatte. Mit 37,4 Prozent der Stimmen machte die Partei einen deutlichen Sprung nach vorne, wurde im dritten Anlauf erstmals zur stärksten Kraft und errang sogar eine solide Mehrheit von 74 Mandaten (Tab. 1). Trotz einiger Wahlkampfpannen konnte sie sich augenscheinlich mit Erfolg als einzige plausible, legitime Mitte-Rechts-Alternative zu den Liberalen bzw. überzeugende Mischung aus neuen Gesichtern und erfahrenen Kräften wie Spitzenkandidat Legault und einigen anderen Überläufern aus dem PQ oder der ephemeren nationalistisch-konservativen Action Démocratique du Québec (ADQ) vermarkten, die von 1994 bis 2012 – nach 2007

sogar mit 41 Abgeordneten – in der Nationalversammlung vertreten gewesen war. Bemerkenswert erfolgreich war die CAQ diesmal auch in der Fläche. In der Mehrheit der Wahlkreise gewann sie erhebliche Stimmenanteile. Mit Abgeordneten ist sie nun nicht nur in sämtlichen großen Städten vertreten, sondern auch in peripheren Regionen wie Abitibi-Témiscamingue oder der einstigen PQ-Hochburg Saguenay-Lac-Saint-Jean. Ein Durchbruch in der Region Montréal – wo die CAQ nur zwei Mandate errang – blieb hingegen aus, was die fortgesetzte Bedeutung des Identitäts- und Sprach-Cleavage für Wählerverhalten und Parteienlandschaft in Québec unterstreicht: Die CAQ ist (noch) kaum in anglo- oder allophone Mitte-Rechts-Wählerschichten vorgedrungen.

Im „kleinen“ Rennen um den dritten Platz hatten Demoskopien trotz aller Probleme im Wahlkampf immer noch den PQ klar vor QS gesehen. Indes erlebte der PQ ein Debakel und lag dem Stimmenanteil nach weniger als einen Prozentpunkt vor dem neuen Konkurrenten – sein schlechtestes Ergebnis überhaupt seit der ersten Teilnahme in Provinzwahlen 1970 (Tab. 1). Mit zehn Mandaten – der gleichen Zahl wie QS – drohte die Partei ihren Status als Fraktion einzubüßen; er wurde den beiden Parteien erst nach Verhandlungen von der neuen Regierung zugestanden. Überdies verlor Parteichef Lisée seinen Wahlkreis Rosemont an einen Kandidaten von QS und trat umgehend zurück. Augenscheinlich war seine Partei zwischen der sich als gemäßigt-nationalistisch präsentierenden CAQ und QS als Linksaußen-Konkurrenz zerrieben worden. Für QS (das seinen Stimmenanteil gegenüber 2014 mehr als verdoppeln und die Zahl der Abgeordneten mehr als verdreifachen konnte; Tab. 1) sind zehn Sitze hingegen ein Erfolg. Augenscheinlich gelang die Mobilisierung junger, progressiver und nationalistischer Wähler(innen), für die der PQ inzwischen zu sehr zur Partei der Baby Boomers geworden ist, weitaus besser als in den vergangenen Provinzwahlen; zudem gewann die Partei erstmals auch Wahlkreise außerhalb von Montréal (etwa Sherbrooke, Rouyn-Noranda-Témiscamingue und zwei Wahlkreise in der Hauptstadtregion) oder errang zumindest starke zweite Plätze.

Auf dem Weg zu einem vierten, kanadisierten Parteiensystem (und einer Domestizierung der Unabhängigkeitsbewegung) in Québec?

Wohin steuert Québec mit seiner neuen Regierung und seinem aktuellen Mehrparteiensystem? Ist zu erwarten, dass die Fragmentierung des Parteiensystems – wie zum Teil auch auf Bundesebene und in anderen Provinzen – Bestand hat oder dass sich ein viertes, nicht länger durch den Föderalismus-Separatismus-Cleavage strukturiertes und insofern kanadisiertes Zweiparteiensystem (Noël 2018) herausbildet? Die Geschichte der Parteiensystementwicklung spricht auf den ersten Blick eher für Letzteres: Das erste – dem Muster auf Bundesebene folgende – Zweiparteiensystem aus Konservativen und Liberalen wurde 1936 zwar durch den Durchbruch und die anschließende über zwanzigjährige Dominanz der konservativ-nationalistischen Union Nationale (UN) von Maurice Duplessis gesprengt, ging aber mit dem

Bedeutungsverlust der Konservativen auf Provinzebene schon bald wieder in ein Zweiparteiensystem aus UN und PLQ – ab 1960 mit Jean Lesage Architekt der gesellschaftlich-politischen Modernisierung Québécois in der Stillen Revolution – über. Von den Drittparteien der 1960er- und 1970er-Jahre setzte sich nur der PQ durch und leitete damit die Zweiparteienkonkurrenz der 1970er- bis 1990er-Jahre ein. Drittparteien wie die ADQ oder gar die anglophone Equality Party, die 1989 vier Mandate gewann, konnten sich nicht etablieren. Ein neues Zweiparteiensystem aus der konservativ-nationalistischen oder rechtspopulistischen CAQ und dem PLQ würde ein Stück weit wie eine Wiederauflage des Zweiparteiensystems aus UN und PLQ anmuten.

Dass nun nicht weniger als vier Parteien erheblichen Zuspruch auf Provinzebene wie auch in vielen Wahlkreisen erzielen, was 2018 vielerorts zu Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen drei oder gar vier Kandidat(inn)en geführt hat, legt indes nahe, dass das aktuelle Mehrparteiensystem von Dauer sein könnte. Mit einer Erholung zumindest des PLQ und vielleicht auch des von manchen Kommentatoren bereits abgeschriebenen PQ ist zu rechnen. Denn mit QS und dem PQ haben zwei Parteien, die das Unabhängigkeitsziel nicht oder nur temporär aufgegeben haben, immerhin rund ein Drittel der Stimmen gewonnen. Auch der sehr unterschiedliche Erfolg von PLQ und CAQ bei frankophonen und anglo- bzw. allophonen Wähler(inne)n zeigt, dass der Identitäts- und Sprach-Cleavage seine Bedeutung nicht verloren hat (Medeiros 2018). Ein Wiederaufleben des Föderalismus-Separatismus-Konflikts und damit der nationalen Frage scheint möglich – und auch ein Wiedererstarken des PQ, dessen Chef das Thema Sezession 2018 ja *selbst* heruntergespielt hatte und damit zumindest in den Augen der *rank-and-file*-Mitglieder seiner Partei einen eklatanten strategischen Fehler begangen haben dürfte.

Ob die CAQ den liberalen Anspruch, Québécois natürliche Regierungspartei zu sein, erben, die Kompetenzerwartungen ihrer bürgerlich-konservativen Wähler(innen) erfüllen, *good government* erbringen und gesellschaftlich integrierend auch über den Identitäts- und Sprach-Cleavage hinweg regieren kann, wird sie erst noch unter Beweis stellen müssen. Es wird außerdem interessant sein zu sehen, ob sie dem vor der Wahl geschlossenen Pakt mit PQ und QS für eine Wahlsystemreform – vom Mehrheits- zu einem Verhältniswahlsystem – treu bleibt. Wenn ja, dürfte die Fragmentierung des Mehrparteiensystems entlang der sich nur zum Teil überlagernden Cleavages links v. rechts, frankophon v. anglo-/allophon und ggf. auch wieder Föderalismus v. Unabhängigkeit mit noch größerer Wahrscheinlichkeit erhalten bleiben. Zweifel sind jedoch angebracht, dass Legault dieses Versprechen einlöst: Die CAQ hat 2018 erlebt, dass der Disproportionseffekt des Mehrheitswahlsystems (sichtbar in den *advantage ratios* in Tab. 1) nicht nur von den etablierten Parteien erfolgreich für eine Regierungsmehrheit genutzt werden kann. Ähnliche Wahlsystemreformen – die vermutlich in Zukunft häufiger zu in Kanada weiter unpopulären Koalitions- oder Minderheitsregierungen führen würden – scheiterten in den letzten Jahren unter anderem in British Columbia und Ontario auch am Strukturkonservatismus

der Wähler(innen) in der Wahlsystemfrage. Bleibt es beim Mehrparteiensystem, ist nicht auszuschließen, dass die Neigung zu strategischem Wählen wieder zunimmt – was der CAQ oder dem PLQ nutzen mag – oder dass es zu den Wahlabsprachen zwischen PQ und QS kommt, die Jean-François Lisée seinen Konkurrenten von QS bereits vor den Provinzwahlen 2018 vorgeschlagen hatte. Auch für QS könnte dies attraktiv sein, will es nicht auf Dauer eine ideologisch puristische, aber einflusslose Links- und Drittpartei wie die NPD auf Bundesebene bleiben. Derartige Koordinationsbemühungen auf Wähler- und Parteebene indes könnten mittelfristig wieder zur Konzentration des Parteiensystems – sei es um PLQ und PQ, sei es um ihre beiden neuen Konkurrenten – führen.

Literaturverzeichnis

- Abedi, Amir, 2004, *Anti-Political Establishment Parties: A Comparative Analysis*, London: Routledge.
- Boily, Frédéric, 2018, *La coalition avenir du Québec: Une idéologie à la recherche du pouvoir*, Québec: Presses de l'Université Laval.
- McRoberts, Kenneth, 1993, *Quebec: Social Change and Political Crisis*. Third Edition with a Postscript, Toronto: McClelland & Stewart.
- Medeiros, Mike, 2018, "Et s'il s'agissait de la québéçisation de la politique canadienne?", *Policy Options*, 19. Oktober.
- Noël, Alain, 2018, "La canadianisation de la politique québécoise", *Policy Options*, 5. Oktober.
- Pétry, François/Lisa Birch (Hg.), 2018, *Bilan et réalisations du gouvernement Couillard*, Québec: Presses de l'Université Laval.
- Schneider, Steffen, 1994, *Staat und regionale Entwicklung: Zur Theorie, Strategie und Praxis subnationaler Industriepolitik am Beispiel Québecs*, Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer.
- , 1997, "Québec am Scheideweg: Von der Provinzwahl 1994 zum Unabhängigkeitsreferendum 1995", in: Rainer-Olaf Schultze/Steffen Schneider (Hg.), *Kanada in der Krise: Analysen zum Verfassungs-, Wirtschafts- und Parteiensystemwandel seit den 80er Jahren*, Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer, 349-387.
- , 2018, "Das politische System", in: Ursula Lehmkuhl (Hg.), *Länderbericht Kanada*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 360-396.